Stand: 13.09.2026 12:48:28

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5431

"Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Bayerischen Forschungsstiftung und des Bayerischen Ministergesetzes hier: Demokratische Kontrolle und Mitsprache der Arbeitnehmer bei der Transformation der bayerischen Wirtschaft sicherstellen (Drs. 19/4345)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5431 vom 26.02.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/6192 des WI vom 03.04.2025
3. Beschluss des Plenums 19/6317 vom 09.04.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 09.04.2025

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 26.02.2025 **Drucksache 19/5431**

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Sabine Gross, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Bayerischen Forschungsstiftung und des Bayerischen Ministergesetzes
hier: Demokratische Kontrolle und Mitsprache der Arbeitnehmer bei der Transformation der bayerischen Wirtschaft sicherstellen
(Drs. 19/4345)

Der Landtag wolle beschließen:

§ 1 Nr. 7 wird wie folgt gefasst:

„7. Art. 6 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nr. 5 wird wie folgt gefasst:

„5. vier Vertretern des Bayerischen Landtags,“.

bb) Nach Nr. 6 wird folgende Nr. 7 eingefügt:

„7. zwei Vertretern der Gewerkschaften,“.

cc) Die bisherige Nr. 7 wird Nr. 8.

b) Nach Abs. 1 wird folgender Abs. 2 eingefügt:

„(2) [1]Die vier Vertreter des Bayerischen Landtags werden getrennt voneinander vom Landtag über jeweils zwei Vorschlagslisten gewählt. [2]Für die erste Wahlliste für zwei Vertreter sind Fraktionen vorschlagsberechtigt, die die Staatsregierung stützen. [3]Das Vorschlagsrecht für die zweite Wahlliste für die weiteren zwei Vertreter steht den übrigen Fraktionen zu. [4]Jede Fraktion kann höchstens so viele Vorschläge unterbreiten, wie Vertreter über diese Wahlliste zu wählen sind. [5]Jeder Abgeordnete hat so viele Stimmen, wie Vertreter über die jeweilige Liste zu wählen sind, wobei Kumulierung mehrerer Stimmen nicht zulässig ist. [6]Zur Wahl genügt die Mehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen. [7]Im Falle von Stimmengleichheit erfolgt eine Stichwahl, sofern dies für die Wahl oder Nichtwahl als weiterer Vertreter entscheidend ist.“

c) Der bisherige Abs. 2 wird Abs. 3.”

Begründung:

Die Transformation der bayerischen Wirtschaft betrifft in besonderem Maße die Beschäftigten, deren Arbeitsplätze und Qualifikationsanforderungen sich grundlegend verändern werden. Es ist daher unerlässlich, dass auch ihre Perspektive durch Gewerkschaftsvertreter in die Entscheidungen über Forschungsförderung und Mittelvergabe

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

eingebracht werden. Eine stärkere Beteiligung der demokratischen Opposition im Stiftungsrat stellt zudem sicher, dass die Verwendung der Stiftungsmittel nicht einseitig durch die Regierungsmehrheit gesteuert wird, sondern unterschiedliche gesellschaftliche Vorstellungen über die Gestaltung des Transformationsprozesses berücksichtigt werden. Dies entspricht der besonderen Bedeutung der Forschungsstiftung für die zukünftige Entwicklung des Freistaates Bayern, die eine breite demokratische Legitimation und Kontrolle der Mittelvergabe erfordert.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 03.04.2025 **Drucksache** 19/**6192**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 19/**4345**

zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Bayerischen Forschungsstiftung und des Bayerischen Ministergesetzes

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Sabine Gross u.a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/**5431**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Bayerischen Forschungsstiftung und des Bayerischen Ministergesetzes
hier: Demokratische Kontrolle und Mitsprache der Arbeitnehmer bei der Transformation der bayerischen Wirtschaft sicherstellen
(Drs. 19/4345)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Dr. Stefan Ebner**
Mitberichterstatterin: **Stephanie Schuhknecht**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat den Gesetzentwurf mitberaten.
   Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 24. Sitzung am 20. Februar 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Ablehnung
   B90/GRÜ: 2 Ablehnung, 1 Enthaltung
   SPD: Ablehnung

   Zustimmung empfohlen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

3. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 19/5431 in seiner 28. Sitzung am 12. März 2025 mitberaten.

   Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Ablehnung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   SPD: Ablehnung

   Zustimmung empfohlen.

   Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/5431 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Ablehnung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   SPD: Zustimmung

   Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 19/5431 in seiner 24. Sitzung am 3. April 2025 endberaten.

   Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Ablehnung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   SPD: Ablehnung

   Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass

   1. in § 3 als Datum des Inkrafttretens der „1. Mai 2025“,
   2. in § 1 Nr. 2 – dort im Wortlaut des „Art. 1“ – der „1. Mai 2025“,
   3. in § 1 Nr. 4 – dort in „Art. 3 Abs. 1 Nr. 1“ – der „30. April 2025“,
   4. in § 1 Nr. 4 – dort in „Art. 3 Abs. 1 Nr. 2“ – der „1. Mai 2025“ und
   5. in § 1 Nr. 5 – dort im Wortlaut des „Art. 4 Abs. 1“ – der „30. April 2025“

   eingesetzt wird.

   Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/5431 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Ablehnung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   SPD: Zustimmung

   Ablehnung empfohlen.

Stephanie Schuhknecht
Vorsitzende

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 09.04.2025 **Drucksache** 19/**6317**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Änderungsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Sabine Gross, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/**5431**, 19/**6192**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Bayerischen Forschungsstiftung und des Bayerischen Ministergesetzes
hier: Demokratische Kontrolle und Mitsprache der Arbeitnehmer bei der Transformation der bayerischen Wirtschaft sicherstellen
(Drs. 19/4345)

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann
Abg. Dr. Stefan Ebner
Abg. Oskar Lipp
Abg. Markus Saller
Abg. Verena Osgyan
Abg. Florian von Brunn

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Bayerischen Forschungsstiftung und des Bayerischen Ministergesetzes (Drs. 19/4345)
- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Sabine Gross u. a. und Fraktion (SPD)
hier: Demokratische Kontrolle und Mitsprache der Arbeitnehmer bei der Transformation der bayerischen Wirtschaft sicherstellen (Drs. 19/5431)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Kollegen Dr. Stefan Ebner für die CSU-Fraktion das Wort.

Dr. Stefan Ebner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, liebe Damen und Herren auf der Tribüne! Wir sprechen heute über den Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Bayerischen Forschungsstiftung und des Bayerischen Ministergesetzes sowie über einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion. Beide sind in Erster Lesung bereits diskutiert worden. Der federführende Ausschuss hat genauso wie die beratenden Ausschüsse und der endberatende Ausschuss zugestimmt.

Ich möchte in meinem Redebeitrag heute nicht mehr die Idee des Transformationsfonds vorstellen, weil wir das in den letzten Sitzungen getan haben. Das ist in den Ausschusssitzungen bereits diskutiert worden.Deswegen will ich meinen Redebeitrag stattdessen dafür nutzen, noch einmal die Notwendigkeit zu betonen, warum wir diesen Fonds brauchen. Andererseits will ich aber auch noch einmal auf die kritischen Stimmen eingehen, die in dieser Debatte zum Ausdruck gekommen sind.

Warum braucht es diesen Fonds? Was ist die Ausgangslage? In welcher Situation sind wir?

Erstens ist es so, dass unsere bayerische oder unsere deutsche Wirtschaft vier Megatrends ausgesetzt ist: der Digitalisierung, der Demografie, der Dekarbonisierung und der Deglobalisierung. Davon sind über 90 % unserer Unternehmen betroffen. Das Besondere ist, dass diese Trends nicht von heute auf morgen wieder vorbei sind, sondern sie sind dauerhaft. Zum anderen sind sie disruptiv, das heißt, Bestehendes wird durch Neues ersetzt. Das können unsere Unternehmen nur bewältigen, wenn sie erfolgreich eine massive Transformation durchmachen.

Zweitens. In welcher Situation sind unsere Unternehmen? Das wirtschaftliche Umfeld ist maximal angespannt. Deutschland hat seit Corona den langfristigen Wachstumspfad verlassen. Die letzten fünf Jahre haben wir 0,1 % Wachstum gehabt, die USA lagen in der gleichen Zeit um den Faktor 120 höher. Das sind natürlich eklatante Unterschiede. Verschiedene wirtschaftliche Parameter haben sich auch in Deutschland in den letzten Jahren einfach massiv verschlechtert, was man feststellt, wenn man die Exportquote anschaut, wenn man die Löhne anschaut, wenn man das Produktivitätswachstum anschaut, wenn man die Preise und den privaten Konsum anschaut. Es hat sich nicht positiv entwickelt, teilweise ist es sogar heruntergegangen. Unsere Wirtschaft ist also in einem schwierigen Umfeld.

Drittens. Wir erleben momentan sehr intensiv eine Abkehr von der Globalisierung und eine Neuordnung der Welt. Wir kennen die geopolitischen Konflikte, die Instabilität der bisherigen Weltordnung. Wir müssen hinnehmen, dass die transatlantischen Beziehungen, und das enge Verhältnis, mit dem wir jahrzehntelang gelebt haben, zumindest vorübergehend Geschichte sind.

Wir haben diese unfassbare Zollorgie aus Amerika. Gerade geht die Eilmeldung über den Ticker, dass der amerikanische Präsident seine Zölle jetzt wieder für 90 Tage aussetzt, allerdings nicht für China: Für China hat er sie jetzt auf 125 % erhöht. Nahezu

halbtäglich erfahren wir Neues. Das ist ein Problem für Europa, das ist insbesondere ein Problem für Deutschland, weil es kaum eine Ökonomie auf dieser Welt gibt, die so in die Weltwirtschaft integriert ist wie die deutsche. Unsere Exporte sind im Vergleich zur Wirtschaftsleistung sehr groß. Das heißt natürlich, dass wir davon massiv betroffen sind. Deswegen kommen diese schwachen wirtschaftlichen Entwicklungen zur Unzeit.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle auch sagen: Wir dürfen nicht glauben, dass es das möglicherweise war, sondern das kann auch erst der Anfang sein. Der nächste Schritt könnte eine Konfrontation im Hinblick auf den Schutz des geistigen Eigentums, Thema Patente, sein. Wenn wir hier die internationale Kooperation nicht mehr aufrechterhalten können, hat das weitreichende Auswirkungen für die USA, aber natürlich auch für uns hier in Deutschland und in Europa, weil für uns geistiges Eigentum extrem wichtig ist.

Um es zusammenzufassen: Die deutsche Wirtschaft und auch die bayerische Wirtschaft – wir können uns von dem Trend nicht abkoppeln – ist nicht mehr weit von einem perfekten Sturm entfernt. Für uns stellt sich jetzt die Frage: Wohin wollen wir? Was wollen wir tun? Was können wir tun? Die Aufgabe der Politik muss es jetzt sein, in dieser neuen Situation neue Antworten zu finden. Eine Maßnahme kann eben der Transformationsfonds sein, der die heimische Wirtschaft in dieser Zeit des Wandels sowie bei dringenden Innovationen und Investitionen unterstützt.

Es geht jetzt darum, in dieser Zeit der Unsicherheit, in dieser Zeit der Stürme und in dieser Zeit der Unberechenbarkeit unserer Wirtschaft zu helfen, nämlich genau durch das Gegenteil: durch Sicherheit, durch Stabilität und durch Verlässlichkeit. Ich appelliere an all diejenigen, die bisher skeptisch waren, ihre Haltung zu überdenken; denn der Freistaat muss gerade jetzt zeigen: Bayern steht an der Seite seiner Unternehmen. Bayern ist verlässlich. In Bayern sind die Unternehmen besser aufgehoben als anderswo auf dieser Welt. Schließen Sie sich an. Ich appelliere gerade an die bisherigen Skeptiker, ein klares Zeichen zu setzen, unsere heimische Wirtschaft zu fördern.

Ich möchte in meiner verbleibenden Redezeit kurz auf Folgendes eingehen: Bei der Opposition gab es manche Bedenken, und ich will ausdrücklich sagen, dass das natürlich berechtigte Nachfragen waren. Ich will auf die wesentlichen Bedenken eingehen. Es wurde nachgefragt: Wie geht es denn mit der Forschungsförderung weiter? Ist die Forschungsförderung mit diesem Transformationsfonds erledigt? – Da gibt es eine klare Antwort, die Sorge kann ich Ihnen nehmen: Nein, weil die Forschungsförderung erst einmal fortgeführt wird, solange es Erträge aus dem Kapitalstock der bisherigen Forschungsstiftung gibt. Neben der Forschungsförderung durch die Stiftung – das sind pro Jahr ungefähr 6 Millionen Euro gewesen – kommen jedes Jahr noch 9 Millionen Euro aus dem Haushalt dazu, die in die Forschungsförderung fließen. Es wird auf jeden Fall erhalten bleiben.

Ich will einen weiteren Einwand aufgreifen. Es wurde davon gesprochen, der Freistaat würde hier sein Tafelsilber verscherbeln. Ich will auch dem widersprechen und Ihnen zurufen: Gerade bei der Innovationsförderung kommt sehr viel zurück. Innovationsförderung führt dazu, dass die Wettbewerbsfähigkeit steigt, dass sie angekurbelt wird, dass sie verbessert wird. Innovationsförderung führt zu Arbeitsplätzen. Innovationsförderung führt zu mehr Umsatz und damit zu mehr Steuereinnahmen für den Staat. Auch dieses Argument, diese Bedenken kann man, glaube ich, ausräumen.

Seitens der GRÜNEN gab es gerade im Ausschuss die Nachfrage, die eher technischer Natur war: Was passiert mit dem Grundstockvermögen in Bayern durch den Gesetzentwurf? Wird das Grundstockvermögen in Bayern dadurch reduziert? Auch das hat das Ministerium auch durch externe Berater prüfen lassen; die Antwort ist: Nein. Aus der Gründung der Forschungsstiftung in den 1990er-Jahren ging ganz klar hervor, dass der Kapitalstock der Forschungsstiftung nicht zum Grundstock des Freistaates Bayern gehört.

Eine zweite Frage ist seitens der GRÜNEN auch noch aufgekommen: Was ist mit dem Heimfall? Fällt das Geld der Stiftung also automatisch an den Freistaat zurück? – Die Prüfung hat ergeben: Nein, das ist nicht der Fall. Das wäre der Fall, wenn man die

Stiftung auflösen würde, aber genau das machen wir ja nicht: Wir wandeln sie von einer Ewigkeitsstiftung in eine Verbrauchsstiftung um.

Zuletzt gab es seitens der SPD den Wunsch, den Stiftungsrat mit vier MdL zu besetzen und auch zwei Gewerkschaftsvertreter in den Stiftungsrat zu berufen; dazu gibt es den Änderungsantrag. Es ist wichtig zu wissen, dass der Stiftungsrat eben nicht die Transformationsförderung zum Ziel hat, sondern darum kümmert sich der Stiftungsvorstand. Daher hat es keinen Sinn, dieses Gremium durch weitere Abgeordnete aufzublähen. Das Gleiche gilt auch für die Gewerkschaftsvertreter, die auf andere Weise in die Transformation eingebunden sind.

Ich will abschließend noch einmal an Sie appellieren: Es ist dringend notwendig, diesen Transformationsfonds zu beschließen. Wir stehen an der Seite unserer Unternehmen. Ich bitte Sie alle, diesem Gesetz zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Oskar Lipp, AfD-Fraktion, vor.

Oskar Lipp (AfD): Ein bisschen Leben in die Bude bringen. Sehr geehrter Kollege Herr Dr. Ebner, eine Nachfrage noch. Wir hatten davor tatsächlich diesen Automobiltransformationsfonds; der hat mehr oder weniger das Ziel, Fort- und Weiterbildung zu unterstützen. Der ist, wenn man das so betrachten möchte, gescheitert. Wir haben die Standortprobleme in Deutschland nach wie vor; da helfen auch die Subventionen nichts. Jetzt meine Frage: Woher ziehen Sie die Gewissheit, dass die Umwandlung von der Ewigkeitsstiftung in eine Verbrauchsstiftung zur Transformationsförderung in Richtung Dekarbonisierung, haben Sie selbst gesagt, Erfolg hat?

Dr. Stefan Ebner (CSU): Herr Kollege, ich bin relativ positiv, weil dieser Fonds das Ziel hat, gerade Innovationen zu fördern und die Förderung danach ausgerichtet wird, eben diese Transformation unserer Unternehmen zu beschleunigen und zu unterstüt-

zen. Insofern wird das unseren Unternehmen sehr stark helfen. Gerade in der Automobilindustrie brauchen wir das ganz besonders. Es ist vorgesehen, dass von den 350 Millionen Euro circa 100 Millionen Euro in die Automobilindustrie bzw. Zulieferindustrie fließen. Das ist gerade eine Industrie, die für Bayern essenziell wichtig ist. Daher bin ich der festen Überzeugung, dass das unserer heimischen Wirtschaft sehr gut helfen wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Als nächstem Redner erteile ich für die AfD-Fraktion dem Abgeordneten Oskar Lipp das Wort. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Lipp (AfD): Geschätzter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuschauer auf der Tribüne und auch zu Hause! Jetzt geht es um die Zukunft der Bayerischen Forschungsstiftung; wir haben es gerade gehört. Wir haben es auch schon im Ausschuss behandelt; wir hatten bereits die Erste Lesung. Jetzt möchte ich noch einmal kurz eine Zusammenfassung vornehmen bzw. unseren Standpunkt wiedergeben, wie wir das einschätzen.

Die Bayerische Staatsregierung plant ja, die Bayerische Forschungsstiftung, eine Institution von Weltrang, de facto mehr oder weniger zu opfern. Die Stiftung soll, wie ich bereits erwähnt habe, von einer Ewigkeitsstiftung in eine Verbrauchsstiftung umgewandelt werden.Die Bayerische Forschungsstiftung hat tatsächlich Großartiges erreicht. Sie hat in 35 Jahren über 1.000 Projekte gefördert, ein Fundament eben für Wissen, Innovation und wirtschaftliche Stärke. Doch nun soll sie in einen sogenannten Transformationsfonds umgewandelt werden. Wir haben es gerade gehört: 350 Millionen Euro sollen für fragwürdige Subventionen bereitgestellt werden, auf Kosten der Forschung. Die Ausschusssitzung Ende Februar hat mir diese Befürchtung bestätigt. Die Stiftung soll de facto in etwa zehn Jahren oder ein bisschen länger abgewickelt sein. Da frage ich mich: Was bleibt danach noch übrig außer dem Mantel?

(Staatssekretär Tobias Gotthardt: Sie haben es nicht verstanden!)

Wenn der Geldfluss aus der Stiftung versiegt, ist man auf Geldzuteilungen aus dem Staatshaushalt angewiesen. Wir haben es gerade gehört: Die Forschungsstiftung hat circa 6 Millionen Euro an Kapitalerträgen generiert. Die wurden verwendet neben den 9 Millionen Euro aus dem Haushalt. Jetzt frage ich mich: Wo sollen dann diese 6 Millionen Euro jährlich herkommen? – Aus dem Haushalt anscheinend. Trotzdem ist das nicht die Lösung. Es ist tatsächlich nicht schlecht, wenn man so einen Fonds hat. Das ist gut investiertes Geld. Ich bin der Meinung, dass man dieses Tafelsilber nicht verkaufen bzw. auflösen sollte.

Nun ein bisschen zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Bayern droht wirtschaftlich international den Anschluss zu verlieren. Die Lage ist, wie ich es bereits in meiner letzten Rede ausgeführt habe, alarmierend. In den letzten drei Jahren wurden 42.000 Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe abgebaut, davon 16.000 in der Automobilindustrie. Schaeffler, Webasto und Bosch zum Beispiel kürzen Stellen. Die Werke werden ins Ausland verlagert. Das ist Ihnen auch bekannt. Die Antwort der Regierung lautet jetzt: ein Transformationsfonds, der mit Subventionen kosmetische Lösungen verspricht. Ich habe es gerade schon erwähnt. Der Automobilfonds von 2019 zeigt jedoch: Hier wurden 120 Millionen Euro investiert, und dennoch hat es für die Automobilbranche keine Rettung gegeben. Die Arbeitsplätze gehen nach wie vor verloren. Die Wertschöpfung verlagert sich ins Ausland.

Mir gefällt besonders wenig, dass die Regierung im Gesetzentwurf von Transformationsdruck und Dekarbonisierung spricht. Was haben wir denn in Deutschland und in Bayern? Das wird leider nicht ausreichend ausgeführt. Die Antwort lautet: Wir haben hier hohe Industriestrompreise, doppelt so hoch wie in China und dreimal so hoch wie in den USA. Wir haben eine sehr hohe Steuerlast und immense bürokratische Vorschriften, die unsere Wirtschaft strangulieren. Die CSU, die sich sehr gerne als wirtschaftsfreundlich hinstellt, trägt dies auch mit – Stichwort Lieferkettengesetz. Es wurde auf EU-Ebene nur um ein Jahr verschoben. Aufgeschoben ist eben nicht aufge-

hoben. Anstatt die Deindustrialisierung zu stoppen, wird sie durch die ideologische Politik befeuert.

Die Bayerische Forschungsstiftung hat Herausragendes erreicht – ich habe es gerade schon ausgeführt –, zum Beispiel Fortschritte in der Krebsdiagnostik, die Leben retten, oder auch Digitalisierungsprojekte, die Unternehmen zukunftssicher machen. Das ist echter Fortschritt. Das wollen wir bewahren. Dieser Gesetzentwurf in der Form, in der er jetzt vorliegt, gefährdet Fortschritt.

(Beifall bei der AfD)

Der Stiftungsrat, der eben mit Ministern besetzt ist, wird mehr oder weniger entmachtet. Stattdessen entscheidet ein Stiftungsvorstand ohne politische Kontrolle. Die dürfen dann mehr oder weniger selbst beschließen, wem sie was überweisen. Mir gefällt auch nicht, dass das alles außerhalb des Haushalts geschieht, um mehr oder weniger die bayerische Schuldenbremse aus dem Jahr 2011 zu umgehen. Das ist ein Schattenhaushalt. Das ist tatsächlich sowohl durchschaubar als auch gefährlich, auch wenn es im Vergleich zum Gesamthaushalt des Freistaats Bayern keine so großen Summen sind.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Was soll da gefährlich sein?)

Wir brauchen auf alle Fälle keine grüne Planwirtschaft, sondern eine klare Kehrtwende, das heißt, die Abschaffung des Verbrennerverbots, das Ende der CO_2-Bepreisung und echte Technologiefreiheit. Wir brauchen nicht mehr Subventionen in eine E-Mobilität, die nichts bewirkten.

(Zuruf des Staatssekretärs Tobias Gotthardt)

Liebe CSU, Sie haben es jetzt in Berlin in der Hand. Das liest sich zwar auf den ersten Blick nicht schlecht. Aber schauen wir einmal, was in den nächsten Monaten politisch passiert. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte am Rednerpult bleiben! – Gerade noch rechtzeitig ist eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Dr. Stefan Ebner gekommen. Bitte schön.

Dr. Stefan Ebner (CSU): Herr Lipp, ich muss das jetzt klarstellen, weil Sie hier Unwahrheiten verbreiten. Sie sagen, dass bestimmte Forschungsprojekte durch eine Transformationsstiftung nicht mehr realisierbar seien. Ich weiß nicht, ob Sie das alles nicht gescheit gelesen haben, ob es ein Verständnisproblem gibt oder ob Sie es einfach wider besseres Wissen anders darstellen. Sie wissen doch ganz genau – ich habe es vorhin erklärt, und Sie haben die Unterlagen dazu auch –, dass wir hier die Forschungsförderung weiter fortführen können, weil ein erheblicher Teil aus dem Haushalt kommt. Erzählen Sie also bitte nicht anderslautende Darstellungen dieses Vorhabens, obwohl Sie es besser wissen. Das finde ich unredlich.

(Beifall des Staatssekretärs Tobias Gotthardt)

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Kollege Herr Dr. Ebner, vielen Dank für die Zwischenbemerkung erst einmal. – Es ist richtig: Diese Stiftung wird, wie Sie gesagt haben, umgewandelt von einer Ewigkeitsstiftung in eine Verbrauchsstiftung. Die Mittel werden aufgebraucht in zehn Jahren. Vielleicht sind es auch 15 Jahre. Der Gesetzgeber sieht dafür mindestens zehn Jahre vor. Das führt aber auch dazu, dass diese Erträge, diese 6 Millionen Euro, eben nicht mehr vorhanden sind, sondern das muss komplett aus dem Haushalt finanziert werden.

Ich frage mich auch: Warum wollen Sie genau jetzt das Kapital so schnell mobilisieren? Könnte das vielleicht damit zusammenhängen, dass Sie diese Fragen nicht ins Parlament schieben wollen, Thema Automobiltransformationsunterstützung? Das wären nämlich doch sehr hohe Summen. Sie haben ein Drittel gesagt. Das wären 100 Millionen Euro, die wir für die Transformation des Automobilbaus investieren. Ich

denke, das wollen Sie gegenüber dem Parlament verschleiern. Deswegen handeln Sie so, wie Sie handeln.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Markus Saller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte schön.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! So richtig schlau geworden bin ich jetzt nicht aus dem Redebeitrag vom Herrn Lipp.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Wir auch nicht!)

Aber gut.

(Zuruf des Abgeordneten Oskar Lipp (AfD))

Was machen wir im Prinzip denn? – Wir machen doch nur Folgendes: Wir ändern die Stiftung insoweit, als wir sagen, wir können das Stiftungskapital verwenden, um die Wirtschaft zu unterstützen. Wir waren uns in der Systemanalyse einig, dass wir uns in einer Wirtschaftskrise befinden. Wir befinden uns nicht nur in der Krise, sondern wir befinden uns auch mitten in einem Transformationsprozess. Das betrifft eben nicht nur die Automobilindustrie, sondern noch ganz viele andere Bereiche. Ein Beispiel von mir zu Hause: die chemische Industrie, die sich auch in einem erheblichen Transformationsprozess befindet. Letztendlich ist die Stiftung hier branchenoffen. Man hat einen Teil davon der Automobilindustrie zugesagt. Das ist richtig. Aber im Prinzip können auch andere Dinge hierdurch unterstützt werden.

Was wäre denn die Alternative, wenn wir sagen, wir brauchen das Geld? Wir können natürlich sagen, wir brauchen das Geld nicht. Aber ich glaube, wir brauchen jetzt tatsächlich Geld, um die Wirtschaft zu stützen und zu unterstützen in diesen Zeiten, die jetzt auf sie zukommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

– Danke. Wenn wir sagen, wir wollen die Wirtschaft unterstützen, brauchen wir auch Geld dafür. Jetzt ist die Frage: Woher nehmen wir das Geld? Aus dem Haushalt können wir es aus meiner Sicht nicht nehmen. Das ist allgemein bekannt. Jetzt können wir sagen, wir weichen Schuldenbremsen auf oder wir schauen, ob wir noch Vermögen haben, das wir anzapfen können. Es soll keine Blaupause für künftige Dinge sein. Wir sagen nicht, wir lösen jetzt alle Stiftungen auf und leisten mit dem Kapital Unterstützungen für verschiedenste Dinge. Hier geht es darum, dass das Kapital, das in der Stiftung einmal angelegt wurde, nicht stiftungsfremd verwendet wird, sondern genau für die Zwecke, für die die Stiftung einmal vorgesehen war, nur mit dem Erfolg, dass wir jetzt auf dieses Grundstockkapital zugreifen können, weil wir es jetzt brauchen, weil wir jetzt höhere Summen brauchen und weil wir jetzt Innovationen hier in Bayern fördern wollen. Vor diesem Hintergrund ist aus unserer Sicht klar, dass wir diesem Gesetzentwurf zustimmen.

Zu dem Antrag der SPD: Ich kann verstehen, was damit gemeint ist. Aber der Stiftungsrat ist ja nicht abgeschafft. Er ist immer noch da. Er gibt letztendlich die groben Vorgaben. Ich glaube nicht, dass der Stiftungsvorstand in irgendeiner Form Projekte unterstützt, ohne von dem Stiftungsrat kontrolliert werden zu können.Hier jetzt Gremien personell weiter aufzublähen, bringt aus unserer Sicht nicht wahnsinnig viel. Vor diesem Hintergrund empfehlen wir Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Verena Osgyan für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Verena Osgyan (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Analyse der Herausforderungen für die bayerische Wirtschaft bin ich mit Ihnen, Herr Ebner, Herr Saller, durchaus einig. Allein wenn ich feststellen muss, wie

jetzt das konkrete Verfahren dargestellt wurde, muss ich sagen: Das ist schon die Weltmeisterschaft im Um-den-heißen-Brei-Herumreden.

Das war bereits in der Ersten Lesung so. Auch im Ausschuss war es so, dass sich die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungsfraktionen heftig gewunden haben, anstatt klipp und klar zu sagen, worum es eigentlich geht. Letztlich wundert es aber auch nicht; denn schließlich geht es in letzter Konsequenz schon mittelfristig um die Abschaffung der Bayerischen Forschungsstiftung, so wie wir sie kennen, und eben nicht um eine bloße Umwandlung in eine Bayerische Transformations- und Forschungsstiftung. Wer den Gesetzestext aufmerksam liest, kann dies auch sehr deutlich feststellen.

Ich kann dazu nur sagen: Aus einer Maus mit angeklebten Ohren wird halt einfach kein Osterhase. Man kann das nicht so darstellen. Wenn man sich nun ansieht, was die Bayerische Forschungsstiftung alles geleistet hat, war das ein Erfolgsmodell über viele Jahrzehnte hinweg.

(Staatssekretär Tobias Gotthardt: Bleibt es ja auch!)

Es ging um praxisnahe Forschung, um Transfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft.

(Staatssekretär Tobias Gotthardt: Was spricht dagegen?)

Ein wichtiges Kriterium ist dabei die schnelle anwendungsorientierte Umsetzung. Die Themenschwerpunkte, die darin vorgekommen sind – Digitalisierung, Life Science, Energie, Umwelt, Produktionsprozesse, Technik, Mobilität, Material und Werkstoffe –, sind allesamt Zukunftsthemen, die für unseren Standort und für die Menschen in Bayern von großer Bedeutung sind.

(Staatssekretär Tobias Gotthardt: Und bleiben es!)

Der Gesetzentwurf sieht aber als wesentlichen Punkt vor, dass die Stiftung ihren Schwerpunkt von Forschung auf Transformation legt und von einer Ewigkeitsstiftung in eine Verbrauchsstiftung umgewandelt wird. Das kann man hin- und herdrehen, wie man will: Das ist genau das, was der Name schon bedeutet: Man zehrt nach und nach die Substanz auf, bis alles Geld verbraucht ist.

Auch wenn ich in der Analyse, wie gesagt, mit manchen meiner Vorredner einig bin: Die Förderung der Transformation ist im gegenwärtigen Strukturwandel sicherlich eine wesentliche Aufgabe, die von der Staatsregierung angegangen werden muss. Wir wissen: Die bayerische Wirtschaftsleistung baut immer noch ganz stark auf Automobil- und Zulieferindustrie auf, und diese sind unter Druck geraten. Dabei spreche ich noch gar nicht von Trumps erratischer Zollpolitik und was sonst noch alles kommt – keine Frage.

Die Aufgabe ist nun endlich erkannt worden. Das kann ich anerkennen. Wir als GRÜNE haben bereits im letzten Haushalt einen Transformationsfonds gefordert. Allerdings war unser Transformationsfonds im Haushalt hinterlegt; er war solide ausfinanziert und auch gegenfinanziert. Das wurde damals im Hohen Haus leider abgelehnt.

Jetzt verkauft man doch das Tafelsilber – das lässt sich nicht wegdiskutieren –, um einen kurzfristigen Strohfeuereffekt zu erzielen. Im Ausschuss konnte uns keiner die Frage beantworten, wie es langfristig weitergehen soll. Auch wenn jetzt davon die Rede ist, dass Forschungsgelder künftig aus dem Haushalt kommen: Wer sagt uns, dass das auf lange Zeit so aufrechterhalten werden kann?

Transformation ist eine wichtige Aufgabe. Wir sind aber ganz klar der Meinung: Das kann nicht auf Kosten von Forschung und Entwicklung gehen. Die Umwandlung der Stiftung schwächt die bislang betriebene Forschungsförderung fundamental, und das in einer Zeit, in der Forschung und Entwicklung weltweit unter Druck sind. Man sehe nur nach Amerika. Wir möchten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für unse-

ren Standort anwerben. Da ist es einfach das komplett falsche Signal, wenn wir die Forschungsstiftung schwächen.

(Martin Wagle (CSU): Die kommen auch!)

Ein weiterer Punkt, der schon angesprochen wurde, sind die Governance-Strukturen. Diese sind in der aktuellen Forschungsstiftung schon sehr schwach, wenn ein Stiftungsrat bestimmt, in dem nur die zwei stärksten Fraktionen vertreten sind. Das ist etwas ganz anderes, als wenn der Landtag transparent über einen Haushalt beschließen kann. Auch deswegen wollten wir unseren Transformationsfonds im Haushalt verankert sehen.

Dass die SPD einen Änderungsantrag eingebracht hat, der die Arbeitnehmerinteressen mehr berücksichtigen will, ist lobenswert. Das kann aber nun einmal das gesamte Konstrukt einfach nicht heilen. Auch ein kompliziert erdachtes Verfahren hilft hier nicht weiter, wenn die Gesetzesänderung schon vom Grundsatz her verfehlt ist.

Deswegen kann ich nur noch einmal zusammenfassen: Das Problem ist die Umwandlung von einer Ewigkeitsstiftung in eine Verbrauchsstiftung. Das ist einfach nicht nachhaltig gedacht. Seien wir ganz ehrlich: Das zeigt einfach, wie groß die Haushaltslöcher jetzt schon sind. Über die Gründe kann man viel diskutieren. Wir halten es aber an der Stelle für den falschen Weg, gut laufende Anlagen zu verkaufen, um kurzfristig drängende Aufgaben zu erledigen. Das kann es nicht sein. Man nimmt sich hier die Spielräume für künftige Generationen und spielt damit letztlich die Gegenwart gegen die Zukunft aus. Deswegen können wir einfach nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Als nächstem Redner erteile ich für die SPD-Fraktion dem Kollegen Florian von Brunn das Wort. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde die Argumente, dass wir in Transformation investieren müssen,

alle richtig. Deswegen sind wir dem Gesetzentwurf anfangs sehr positiv gegenübergestanden. Es ist aber ein wenig so wie an Weihnachten, wenn ein großer Karton in einer glitzernden Verpackung ankommt, man ihn aufmacht und dann eigentlich nur relativ wenig drin ist.

Das ist der eine Teil des Problems: 350 Millionen Euro für zehn Jahre, für die Automobilindustrie sogar nur 100 Millionen Euro für zehn Jahre.

(Zuruf von der CSU)

– Sie sagen: degressiv. Sie geben in einem Jahr mehr aus und in einem anderen Jahr weniger. Wir finden das einfach insgesamt zu wenig. Das ist eine ganz grundsätzliche Kritik. Aus unserer Sicht müssen wir deutlich mehr machen.

Wir selbst haben ja im Januar 1 Milliarde für die bayerische Automobilindustrie gefordert. Wir sehen auch gerade – das wird jetzt durch die völlig erratische Zollpolitik von Donald Trump noch verstärkt –, dass die Automobilindustrie und auch die Automobilzulieferindustrie in einer sehr, sehr schwierigen Situation sind. Das schlägt voll auf die Beschäftigten durch; das schlägt auf die Standorte durch. Deswegen meinen wir, dass man deutlich mehr machen muss. Durch die Reformen, die die neue Koalition anschiebt, haben wir jetzt dafür eigentlich auch den finanziellen Spielraum.

Der andere Punkt ist: Wir sind der Überzeugung, dass es hier um Menschen, um ihre Schicksale, um ihre Familien geht. Deswegen wäre es gut, wenn die Beschäftigten, also die, um die es auch ganz wesentlich geht, mitreden, mitentscheiden könnten. Das ist eine Forderung, die der DGB, der Deutsche Gewerkschaftsbund in Bayern, aber auch die IG Metall und auch die anderen Gewerkschaften immer wieder deutlich erhoben haben. Sie haben gesagt: Wir wollen mitbestimmen; wir wollen nicht nur Transformationsnetzwerke, sondern wir wollen eben auch darüber entscheiden, wofür das Geld ausgegeben wird, damit es nicht nur Prestige-Projekte werden, bei denen man eine schöne Eröffnung machen kann, ein Band durchschneiden kann, sondern Projekte werden, die unseren Leuten wirklich helfen. Genau das sehen wir nicht.

Deshalb haben wir den Änderungsantrag gestellt. Mit dem einen Dilemma hätten wir dann vielleicht leben können in der Hoffnung, dass in den gesamten Topf für Transformation noch mehr Geld hineinkommt. Der andere Punkt ist für uns aber schon tatsächlich sehr kritisch. Nachdem Sie jetzt angekündigt haben, dass Sie unserem Änderungsantrag nicht zustimmen werden, werden wir tatsächlich, so leid es uns tut, diesem Gesetzentwurf auch nicht zustimmen können, weil er eben Mängel hat.

Vielleicht noch etwas – das ist für uns nicht das entscheidende Kriterium gewesen –: Wir finden es schon etwas schwierig, zu sagen, dass im Beirat Vertreter der Regierung, von CSU und FREIEN WÄHLERN und Vertreter der Wirtschaft sind, aber die Opposition fehlt und die Gewerkschaften fehlen. Ich finde, das ist kein beiläufiger Punkt, sondern ich finde, das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Wenn man eine Finanzierung nicht aus dem Haushalt, sondern in einem anderen Haushalt neben dem Haushalt macht, ist uns die demokratische parlamentarische Kontrolle wichtig. Das ist die Begründung für unser Abstimmungsverhalten.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. Grundsätzlich teilen wir aber die Ziele.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 19/4345, der Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/5431 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung auf Drucksache 19/6192.

Zunächst ist über den soeben genannten Änderungsantrag der SPD-Fraktion abzustimmen. Der Änderungsantrag wird auf Ausschussebene zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/5431 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist

die SPD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CSU, AfD. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 19/4345. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt den Gesetzentwurf zur Annahme. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls Zustimmung mit der Maßgabe, dass verschiedene Änderungen durchgeführt werden. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 19/6192.

Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die FREIEN WÄHLER. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD- und AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Somit beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der soeben beschlossenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD- und AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Bayerischen Forschungsstiftung und des Bayerischen Ministergesetzes".